

Erscheint
an allen Verlagen.
Bezugspreis
vom 1. August 1921 an
monatlich 20.—
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post . . . 80.—

Dernprecher: 4246, 2273.
3110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P.K.O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigepreis:
f. d. Grundschriftseite im
innerhalb
Polens . . . 15.— M.
im Reklameteil 40.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland . . . 25.00 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Noch keine Entscheidung.

Die für Mittwoch angekündigte Entscheidung des Obersten Rates über das Schicksal des oberschlesischen Abstimmungsgebietes ist ausgeblieben. Der Oberste Rat scheint sich an diesem Tage mit Oberschlesien überhaupt nicht beschäftigt zu haben — vermutlich, weil er erst das Ergebnis der neuen Beratung des Sachverständigenausschusses abwarten wollte. Ihm, den Obersten Rat, beschäftigte am Mittwoch in erster Linie die griechisch-türkische Frage, in Bezug auf die eine Übereinstimmung der Ansichten erreicht wurde, insofern, als beschlossen wurde, daß die Verbündeten sich in dem Krieg zwischen Griechen und Türken streng neutral verhalten werden, sofern ihre eigenen Interessen das zulassen. Die Regierungen der Verbündeten verpflichten sich, sich an diesem Krieg weder durch Waffenlieferungen oder militärische Unterstützung oder Hilfeleistungen irgendwelcher Art, noch durch Gewährung von Kredit zu beteiligen. Der private Handel wird, wie ausdrücklich besagt wurde, durch diesen Beschluß nicht berührt. Lieferung von Kriegsmaterial an einen der kriegsführenden Staaten durch Privatpersonen wird daher nicht als Verletzung der Neutralität angesehen werden. Der Oberste Rat beschloß gemeinsame Schritte bei den beiden kämpfenden Parteien zu unternehmen, um die Freiheit der Meerengen sicherzustellen.

In der Dienstag-Sitzung, die um 11 Uhr vormittags von Briand in Anwesenheit des Marschalls Foch, des Generals Weygand, des Führers der amerikanischen Rheintruppen Allen und des französischen Gesandten in Berlin Laurent eröffnet wurde, plädierte Veron für die Absendung von Truppenstärkungen nach Oberschlesien, indem er auf die dort herrschende Erregung und auf die Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen auf einer oder anderen Seite hinwies.

Der englische Kommissar Stuart vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Er hält die Absendung von Truppenstärkungen für überflüssig und ist der Ansicht, daß ein deutscher Aufstand nicht zu befürchten sei. Er gab der Meinung Ausdruck, daß die Polen in Oberschlesien das einzige unruhige Element seien. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, daß es Frankreich gelingen würde, die Polen zu beruhigen.

Der italienische Kommissar Martini hält die Absendung von Truppenstärkungen nach Oberschlesien angesichts der Unklarheit der Lage für unerwünscht. Er wünscht die beschleunigte Festlegung der deutsch-polnischen Grenze.

Dann hielt Lloyd George seine Rede und begründete in ihr seinen Standpunkt. Er erklärte: Es wäre ein Skandal, wenn Oberschlesien den Deutschen entzissen würde, denen dieses Land seit Jahrhunderten gehört und die seit Jahrhunderten dort leben.

Gegen Lloyd George trat in der Nachmittagssitzung Briand auf, der seinen Standpunkt dahin präzisierte: Frankreich will ebenso wie seine Verbündeten die Besiegten gerecht behandeln. Man darf es jedoch nicht zulassen, daß die Besiegten die Vorherrschaft in der Welt erhalten.

Das Ergebnis der Dienstagberatungen, die in einer zeitweise stark gesteigerten Spannung vor sich gingen, war folgende Entschließung: „Mit Rücksicht darauf, daß es schwer ist, sich ein klares Bild von der Lage der Dinge in den mittleren Bezirken Oberschlesiens zu machen, in denen die städtischen Gemeinden eine deutsche Mehrheit haben, und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer Lösung im Sinne des Vertrages von Versailles wird der Sachverständigenausschuß bei der interalliierten Kommission in Oppeln aufgefordert, eine neue Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen und zu berichten, welche Gemeinden infolge ihrer wirtschaftlichen und geographischen Lage nicht von ihrem städtischen Mittelpunkt getrennt werden können und welche Eisenbahnen für die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Bezirke notwendig sind. Erst auf Grund dieser Berichte wird der Oberste Rat sich wieder mit der oberschlesischen Frage beschäftigen, um seine endgültige Entscheidung zu treffen.“

Die Sachverständigen versammelten sich daraufhin noch am Dienstag abend, berieten bis in die Nacht hinein und legten am Mittwoch vormittag von 8 Uhr an ihre Arbeit fort. In Kreisen, die dem Obersten Rat nahestehen, wurde erwartet, daß diese Beratung der Sachverständigen noch am Mittwoch beendet würde, so daß noch an diesem Tage der Oberste Rat selbst sich wieder mit der oberschlesischen Frage beschäftigen könnte.

Die Havas-Agentur meldet, daß die Beratungen des Obersten Rates sich der Annahme eines Kompromißvorschlags nähern. Es sei möglich, daß eine persönliche Aussprache, die zwischen Briand, Lloyd George und Verdon stattfindet, den Ausgangspunkt ergibt, von dem aus eine Lösung gefunden werden könnte.

Neuer schreibt: Allen liegt eine friedliche Lösung der verbreiteten Frage der Teilung Oberschlesiens am Herzen, und sowohl Lloyd George als auch Briand haben den Eindruck, daß die Sache auf gutem Wege sei.

Pressstimmen.

„Temps“ versichert, eine Verständigung sei schon erreicht. Die Grenze soll östlich von Ilzest und Groß-Strehlitz so laufen, daß Lubliniz Polen aufiele. Berliner schreibt im „Globe de Paris“, Lloyd George hätte sich wieder einmal von seinem Temperament hinreißen lassen, hätte aber nachher, nach dem Dröhnen, das Briand den englischen Kollegen zu Ehren tat, sich bereit gezeigt, von dem Grundsatz der Unteilbarkeit des Dreiecks abzugehen unter der Bedingung, daß den Hauptteil des Industrie-dreiecks Deutschland erhält. — Die englische Presse nimmt das Exposé Lloyd Georges in der Konferenz des Obersten Rates mit Anerkennung auf. Die Zeitungen drücken die Hoffnung aus, daß die Niede des englischen Ministerpräsidenten die Lage bedeutend verbessert. „Daily Chronicle“ schreibt, daß die Niede Lloyd Georges außerordentlich logisch war. Nach der „Morning post“ war das Exposé Lloyd Georges eine geschickte Präzisierung der englischen Politik, die sich nach Ansicht der „Daily News“ durch sich ändern wird.

Offenheit und Genauigkeit auszeichnet. „Times“ dagegen machen gewisse Vorbehalte und erklären, daß alle von den Sachverständigen angestellten Berechnungen nur von untergeordneter Bedeutung sind gegenüber der grundsätzlichen Frage, nämlich dem zwischen Frankreich und England bestehenden Meinungsunterschied. Die „Times“ sagen, daß man sowohl Polen als auch Deutschland gegenüber Gerechtigkeit zeigen müsse. Man soll nicht unter dem Vorwand, daß man kein „Elsak“ für Deutschland schaffen wolle, ein solches für Polen schaffen. Am Schlusse ihrer Ausführungen erklärt die Zeitung es als absolute Notwendigkeit, daß die gerechten Ansprüche Polens befriedigt werden.

Paris, 10. August. (PAT) Die Presse bespricht den zweiten Tag der Beratungen des Obersten Rates günstig und spricht einstimmig ihre Befriedigung darüber aus, daß Lloyd George und Briand klar und deutlich die Vereinigmäßigkeit betonen, alles zu versuchen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die gesamte Presse ist der Ansicht, daß eine vollkommene Verständigung erreicht werden muß. Die Tatsache, daß den Sachverständigen die Festsetzung der Grundlagen eines Kompromisses bei der Teilung des Industriegebietes aufgetragen wurde, nennt „Matin“ eine sehr bedeutende und glückliche Änderung der Situation. Die Zeitung sieht in diesem Auftakt einen klaren Beweis dafür, daß Briand und Lloyd George das Bündnis nicht verlieren wollen. Alle Zeitungen erkennen freudig an, daß das Dogma der Unteilbarkeit des Industriegebietes verworfen wurde. Die Mehrzahl der Zeitungen, mit „Journal“ und „Petit Parisien“ an der Spitze, nehmen an, daß bei gutem Willen der Sachverständigen die Arbeiten bis Mittag beendet sein könnten. Deswegen wird der Oberste Rat sich schon in der Nachmittagssitzung in seinen Beratungen auf die Ergebnisse dieser Arbeit stützen können. Nach dem „Journal“ wird das berühmte Dreieck durch eine Grenze geteilt, die von Nordosten nach Südwesten geht. Nach dem „Exégis“ wäre eine solche Erledigung der Angelegenheit die beste Art, die grundsätzlichen Schwierigkeiten zu lösen. Dies hätte außerdem die gute Seite, daß dadurch die Notwendigkeit der Absendung von Verstärkungen beseitigt würde.

Beratung über die Höhe der Besatzungskosten.

Paris, 11. August. (PAT) Die interalliierte Finanzkonferenz beschloß in der Dienstagssitzung die Bildung eines Komitees, das sich aus den Finanzministern der verbündeten Staaten zusammensetzen und die Höhe der Okkupationskosten, die seit dem 1. Mai d. J. entstanden sind, festsetzen soll. Louchot rät die Festsetzung von 11 Mark in Gold pro Person als Grundlage an. Die englische Delegation nahm diesen Vorschlag nicht an.

Um Wilna.

Warschau, 11. August. (PAT) Am Dienstag fand im Saal der Stadtverordnetenversammlung eine Sitzung in der Wilnaer Angelegenheit statt, die auf Veranlassung einer Delegation des Wilnaer Gebietes einberufen war. Nach einer Reihe von Aussprachen nahmen die Verbündeten eine Entschließung ab, die den polnischen Charakter des Wilnaer Gebietes betont und die Zuteilung dieses Gebietes an Polen verlangt.

Hardings Programm.

London, 11. August. „Exchange Telegraph“ erfährt aus Washington, daß die Regierung der Union für die Pazifik-Konferenz wahrscheinlich folgende Grundsätze aufstellen wird: 1. Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür im Stillen Ozean und im ferneren Osten; 2. Aufrechterhaltung der politischen und territorialen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Chinas und Aufrechterhaltung der Integrität Russlands und Sibiriens.

London, 11. August. Der Tokioter Berichterstatter der „Times“ meldet über die Haltung Japans bezüglich der Washingtoner Konferenz: Die Antwort Hardings auf die Frage der japanischen Regierung um Einzelheiten und Ausklärung über den Zweck der Washingtoner Konferenz hat die öffentliche Meinung Japans in jeder Hinsicht beruhigt. Die Verhandlungsfragen dürften jedoch vom japanischen Kabinett geprüft werden.

Nürnberg, 11. August. „Daily Express“ meldet aus Tokio: Die japanische Regierung hat in den Verhandlungen mit Harding durchgefeiert, daß die Frage der Flottenbündnisse von den Fortverhandlungen auf der Abrüstungskonferenz in Washington ausgeschlossen bleibt.

Ein baltischer Dreibund.

Danzig, 11. August. (PAT) Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten eine Unterredung ihres Korrespondenten in Riga mit dem lettischen Außenminister über die Frage der politischen Lage in Lettland und in den baltischen Staaten. Der lettische Minister sagte u. a.: „Die Verhältnisse in den baltischen Staaten sind deshalb so kompliziert, weil Lettland, Litauen und Estland durch eine politische und wirtschaftliche Sperrung voneinander abgeschlossen sind. Wir sind jedoch auf dem besten Wege, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, und einen engen Zusammenschluß zu schaffen.“ Der Dreibund der baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland wurde schon in seinen Grundlagen besprochen. Im Dezember d. J. wird in dieser Angelegenheit eine entscheidende Konferenz stattfinden, nach der die Sollgrenzen, die gegenwärtig Lettland, Litauen und Estland trennen, fallen werden. Die Grenzaufsicht wird bestätigt und der Verkehr durch alle drei baltischen Staaten wird vollkommen freigegeben werden. Im Verhältnis zum Ausland werden die drei baltischen Staaten als baltischer Dreibund auftreten und alle Handels- und politischen Verträge werden den gemeinsamen Interessen angepaßt werden. Die Gemeinsamkeit der Interessen der baltischen Staaten wird den einzelnen Staaten die Lösung verschiedener politischer Probleme erleichtern.

Die polnisch-litauischen Beziehungen, die infolge der Wilnaer Frage gespannt sind, werden sich ohne Zweifel regeln lassen. Lettland hat in dieser Angelegenheit seine Neutralität erklärt und wird sie weiter beibehalten, wenn die jähige militärische Lage im Wilnaer Gebiet keine Änderung erfahren. In seinen Beziehungen zu Deutschland wird der baltische Dreibund sich auf eine freundliche Basis stützen, weil er sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht daran interessiert ist. Der Handel mit Deutschland, der gegenwärtig in engen Grenzen geführt wird, dürfte sich heben, sobald Litauen ein Transitstaat wird.“ Darauf berührte der Minister das Verhältnis Lettlands zu Russland, das sich günstig gestaltet. Am Schlusse erinnerte der Minister an die Nicht-akzeptanz Lettlands de jure durch die Vereinigten Staaten und sprach die Hoffnung aus, daß im Augenblick des Entstehens des baltischen Dreibundes der Standpunkt der Vereinigten Staaten

Minderheitenschutz.

Die Frage des Schutzes der völkischen Minderheiten, die uns, die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität, begreiflicherweise besonders am Herzen liegt, ist hier, in den Spalten des „Pol. Tagebl.“, schon wiederholt erörtert worden. Seit einiger Zeit beginnt nun auch die reichsdeutsche Presse, die sich bis vor kurzem mit diesen Dingen verhältnismäßig wenig beschäftigt hat, der Frage des Minderheitenschutzes ein äröheres Interesse entgegenzubringen. In der „Deutschen Allg. Zeit.“ schreibt Dr. Fritz Klein im Rahmen eines längeren Aufsatzes, der dieser Frage gewidmet ist:

„Eine ganz sonderbare Erscheinung beweist nun die Reziprozität der angekündigten Frage. Es ist geradezu komisch, die Nummern über die schlechte Behandlung ihrer Volksgenossen in Mazedonien oder in Ungarn hören zu hören, ohne daß daraus der Schluss gezogen würde, daß sie doch die völkischen Minderheiten im eigenen Lande gerecht behandeln müssten.“

Die in Ungarn verbliebenen Magyaren entfalten eine ungeheure Propaganda wegen der schlechten Behandlung ihrer Volksgenossen in der Tschecho-Slowakei, in Südmähren und Rumänien, ohne im geringsten daran zu denken, daß sie doch billigerweise den in Ungarn verbliebenen Minderheiten dieselben Rechte geben müssten, die sie für die abgetrennten Stammesbrüder fordern. Die Slowenen bemühen sich eifrig um das Schicksal der „Windischen“ in Kärnten, aber die südmährischen Staatsbürger deutscher Sprache sind sogar vom Wahlrecht ausgeschlossen. Wie ist es möglich, von anderen Staaten ein politisches Vorgehen zu fordern, das man sich selbst nicht einfallen läßt? Entweder erkennt man grundfährlich eine menschenwürdige und zivilisierte Behandlung der stammesverschiedenen Staatsbürger als gerechtfertigt und notwendig an und schreitet im eigenen Lande zur Verwirklichung einer solchen Politik. Oder man ist der Meinung, daß alle Bestrebungen dieser Art Humburg sind, daß alle Debellationen über die Unterdrückung der sogenannten Nationalitäten in der früheren Monarchie Schaumslägerei zur Verwirklichung machtpolitischer Interessen wären. Dann höre man mit den scheinheiligen Klagen darüber auf, daß es den Volksgenossen im fremden Staatsverband schlecht geht.

Der Grund für die Nichteinholung der den Minderheiten zu gestrohenen Rechte liegt darin, daß die neu geschaffenen oder vergrößerten jungen Staaten auch heute noch meist in einem pathologischen Erfüllungstaumel befinden sind, daß sie andererseits befürchten, die den Minoritäten gewährten Freiheiten könnten es diesen erleichtern, sich an Irenen zu betreiben zu beteiligen. Schließlich wird von den jungen Staaten ebenso wie etwa von Ungarn immer wieder ins Feld geführt, daß es mit der Autorität des Staates unvereinbar sei, den Minoritäten Rechte zu gewähren, die auf eine gewisse, auch nur taurale Autonomie hinausführen. Einen „Staat im Staat“ könne keine verantwortliche Regierung dulden. Da der heutige Wöllerbund nicht die geringste effektive Gewalt besitzt, ja in den Augen der maßgebenden Politiker Osteuropas — übrigens auch anderer Politiker — nicht einmal das moralische Prestige, das nötig wäre, so fühlen sich selbstverständlich alle diese Staaten an die internationale Abmachungen praktisch nicht gebunden und lehnen sich an die verbürgten Rechte der Minoritäten nicht. Der Appell an den Wöllerbund ist vollkommen problematisch. Am grünen Tisch liegt sich das sehr schön. Man möge aber einmal über die Biwalurage nachdenken, die man da als ganz selbstverständlich voraussetzt. Die Bekanntheit mit dem Buchthaus ist nicht jedermann Sache. Aber auch die Allgemeinheit des betreffenden Volkes würde hierdurch meist schwerstens geschädigt.

Wenn die staatsrechtlichen Verhältnisse in Mitteleuropa mit der Begründung umgestützt wurden, die völkischen Minderheiten zu befreien, wenn historische Alte des internationalen Rechts nicht mit führen getreten werden dürfen, so ist es eine Forderung des europäischen Gewissens, mit vollem Hingabe und Sachkenntnis eine Lösung zu suchen, die mehr als ein Zehen Papier. Es gibt in der Welt schon Stellen, die sich dieser Frage warm angenommen haben. Es muß aber ihren Aktionsradius erweitern. Es muß zunächst international festgestellt werden, welche Rechte die Minderheiten sind, die allen in fremdem Staate wohnenden Völkern zu stehen. Die bestehenden Verträge sind mit Verstärkung der herrschenden Unterschiede zu vereinheitlichen. Verbölkerung hierfür wurde schon geleistet. Die Feststellung eines solchen Minimalprogramms kann nur unter Teilnahme von Vertretern aller Minderheiten der Welt erfolgen. Den Beschlüssen dieses Forums, das wir etwa Minderheitsparlament nennen können, läuft viel größeres Gewicht zu, als dem nur von einer Mächtigruppe geschaffenen Wöllerbund. Dem Minderheitsparlamente müßte ein ständiges Bureau vorstehen, das die Minderheitsprobleme in sämtlichen Staaten der Welt studierte, alle Lebensäußerungen völkischer Minderheiten ständig verfolgte, sich aus eigener Initiative, nicht erst auf Einschreiten der Klageschöpfer hin, durch Entsendung unparteiischer und politisch geeigneter Persönlichkeiten von der Stichhaltigkeit der Beschwerden überzeugte, um sie dann dem regelmäßig auftretenden Parlamente zu unterbreiten.

Im Rahmen des heutigen Wöllerbundes an die Verwirklichung eines solchen Planes zu denken, ist eine Utopie. Wenn schon ernste Zweifel an der idealen Möglichkeit eines solchen Bundes nur allzu berechtigt sind, so steht ganz außer Frage, daß der heutige sogenannte Wöllerbund alles andere als eine wirkliche Vereinigung der Nationen ist. Aber die Schaffung einer Organisation für Minderheitenrecht ist auf dem Vertragswege sehr wohl möglich. In erster Linie muß das Verständnis für dieses Problem in der ganzen Welt geweckt und mit einer zielsbewußten, energischen und wahrhaftigen Propaganda eingesetzt werden.

Wir glauben nicht, daß die vorgeschlagene oder eine ähnliche Institution alle Ungerechtigkeiten, die heute bestehen, aus der Welt schaffen würde. Wir glauben nicht, daß die Verdrückung mit einem Schlag aufhören müßte. Aber wir glauben fest daran, daß wenigstens ein wichtiger Schritt getan wäre. Die Lender der Staaten müßten auf die grausamsten und härtesten Handlungen verzichten, weil sie gewißlich sein müssen, immer wieder vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt zur Verantwortung gezogen zu werden. Die machtpolitische Lösung dieser Fragen ist aus dem einfachen Grunde nicht möglich, weil sie unter allen Umständen Unzufriedenheiten hervorrufen muß und nicht geeignet ist, eine ständige Verübung herbeizuführen. Es handelt sich um ein europäisches Problem, das den Keim unaufhörlicher Verwicklungen in sich birgt, wenn nicht mit Entschlossenheit versucht wird, es so gut als möglich aus der Welt zu schaffen.“

Der in diesen Ausführungen ausgesprochene Gedanke eines internationalen Minderheitenparlaments

ist nicht ganz so phantastisch, wie er auf den ersten Blick vielleicht aussieht. Was ein solches Minderheitenparlament für die Minderheiten leisten kann wird auf alle Fälle mehr sein als das, was der hezige Völkerbund in dieser Frage praktisch bis jetzt geleistet hat. Durch gemeinsame Mütte zusammengeführt und einem gemeinsamen, jedem einzelnen von ihnen wirklich am Herzen liegenden Ziele zu streben, würde die Zusammensetzung der Vertreter der verschiedenen Nationalitäten in einem solchen Minderheitenparlament viel eher ein wirklicher Bund der Völker werden als es der hezige "Völkerbund" ist.

Der Artikel 8 des Minderheitsschutzvertrages lautet: "Die polnischen Staatsbürger, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, geniessen die gleichen Rechte und die gleichen rechtlichen Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlfahrt, religiöse, soziale und andere Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu schaffen, zu leiten und zu beaufsichtigen, mit dem Rechte, hier freien Gebrauch von ihrer eigenen Sprache zu machen und ihre Religion frei zu betätigen."

Die Rechte der deutschsprechenden Minderheit in Posen vertritt der Deutschen im Bund zur Wahrung der Minderheitsschutz, Posen, Waly Leszczyński 2. Ihm als Mitglied beizutreten, ist Ehrenpflicht jedes polnischen Staatsbürgers deutscher Nationalität im Posener Bezirk. — Pflicht gegenüber sich selbst seinen deutschen Mitbürgern, seinen Kindern und unser aller Zukunft.

Türkei und Griechenland.

Bordeaux, 11. August. (PAT) Der türkische Außenminister İzzid Pascha erklärte, dass die Vermittlung der Verbündeten mächtig im türkisch-griechischen Krieg im gegebenen Augenblick kein günstiges Ergebnis haben würde. Eine militärische Konvention zwischen Ankara und den Sowjets steht Sülo Pascha für unmöglich an.

London, 11. August. (PAT) Die zweite griechische Offensive begann mit einem Angriff auf Izmird. Es wird berichtet, dass sich die Türken zurückgezogen haben.

Paris, 11. August. (PAT) Marshall Foch, der in der Sitzung des Oberen Hauses über die Operationen im Osten berichtete, sprach seine Zweifel hinsichtlich des Erfolgs dieser griechischen Operationen aus. Dieser Meinung schloss sich auch der englische Verantwortliche an.

Vor der Lösung der irischen Frage.

London, 10. August. (PAT) Von der Gesamtzahl der 29 gewählten Mitglieder des Sinnfeinerparlaments wurden 28 in Freiheit gesetzt, damit sie an der Sitzung des "Trentages" teilnehmen können, der über die im Irland gestellten Bedingungen der englischen Regierung beraten wird. Das nicht in Freiheit gesetzte Mitglied ist John Mac Niven, der wegen Ermordung eines Polizeiinspectors zum Tode verurteilt worden ist. Die Beleidigungen sind jedoch der Ansicht, dass auch er als hervorragender Sinnfeiner die Möglichkeit erhalten wird, an der Sitzung teilzunehmen, da die Regierung alles zu tun wünscht, um die Verhandlungen zu ermöglichen. Außerdem ist es gegen Niven gefasste Urteil noch nicht durch die höchste Instanz bestätigt, und es sprechen für ihn auch verschiedene Umstände, u. a. auch der, dass die Familie des ermordeten Inspectors eine Bitte um Begnadigung des Täters eingereicht hat.

Kongresse und Konferenzen.

Der dritte internationale Freihandelskongress wird zwischen dem 18. und 24. September in Amsterdam stattfinden.

Internationale Konferenz zur Organisation der Rettungshilfe. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat an die verschiedenen Regierungen, an den Völkerbund und an alle philantropischen Institute Europas und Amerikas eine telegraphische Einladung zu einer internationalen Konferenz erlassen, die am 15. August in Genf stattfinden wird, um eine internationale Hilfsaktion für Afrika zu organisieren.

Die Washingtoner Konferenz. Italien und China haben die amerikanische Regierung benachrichtigt, dass sie mit dem 11. November als Eröffnungstag der Washingtoner Konferenz einverstanden sind.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Seine Braut nickte und redete mit einem Aufleuchten in ihren Augen weiter: "Ja, im großen Stile wohlstädtig, aber" jetzt leuchteten ihre Augen nicht mehr, "er war es auf seine Art heimlich, verstohlen, verzichtete von vornherein auf Dank, weil er an Dankbarkeit nicht glaubte, und hielt sich alle Menschen vom Leibe, weil er sie verachtete. O, Paul — mein Vater war trotz seiner Härte ein guter, ein sehr guter Mensch."

"Wie froh bin ich darüber, dass Du mir das erzählen konntest."

"Und noch von einem kleinen Zug kann ich Dir erzählen. Vor einigen Wochen war nachts ein arger Sturm. Ich stand sehr früh auf und schaute auf den Garten hinunter, weil ich in Sorge um unsere Rosenbäumchen war. Nun, Ihnen war nichts geschehen, aber einige junge Bögen waren aus ihren Nestern geschüttelt worden. Mein Vater ging unten umher und sammelte die nackten, halb erstarnten Tierchen. Du hättest nur zu sehen brauchen, wie zart er mit ihnen umging, wie er sie anhauchte, sie zwischen Hemd und Weste schob und so ins Haus trug. Später hat er selber sie, von ihren schreienden Eltern umflattert, wieder ins Nest gesetzt. Sag, tut das ein katholischer Mensch?"

"Nein, Hanna. Ich glaube —"

Was er glaubte, konnte Horst nicht mehr sagen, denn die Lint kam fast unschuldig eilig herein und meldete ihrem Fräulein den Notar, welcher die Verlassenschafts-Abhandlungen führte.

Da erhob Horst sich eilig. Er hatte es bis jetzt streng vermieden, diesen Besprechungen beizuwohnen und wollte dies auch fernerhin so halten.

Nachdem er in einem Restaurant recht zerstreut eine Mahlzeit eingenommen hatte, fuhr er zum Südbahnhof.

Die Früchte der Heze.

Die Schriftleitung des Posener Tageblattes erhält ein mit der Maschine geschriebenes Schreiben in polnischer Sprache ohne Namensunterschrift, das in deutscher Übersetzung folgende Massnahmen lautet:

Anknüpfend an die Aussäße im „Kurjer Poznański“ vom 3. August und vom 6. August unter den Überschriften „Sandalose Arbeit der deutschen Presse in Polen“ und „Gegenüber der deutschen Presse“ teilen wir kategorisch mit, dass wir schon längst mit Ungehorsam zusehen und diese geradezu verbrecherische Arbeit, diese freche Heze in den hiesigen „Blättern“ („Posener Tageblatt“ und „Neueste Nachrichten“) nicht länger dulden können. Wir erinnern uns auch noch an Eure widerwärtige Arbeit während der Okkupation Eures Vaterlandes, die Ihr mit Euren halatistischen polonifizierenden Methoden ausübtest.

Von unseren Behörden werden wir nicht bloß mit Nachdruck das Verbot dieser „Unter-Hezblätter“ fordern, sondern auch ihre Bestrafung für immer. Wenn aber unfreie Bemühungen nicht die gewünschten Folgen haben sollten, dann werden wir Euch selbst die verdiente Strafe zufügeln. Zusammen mit Eurer ganzen Hezfabrik werdet Ihr auf das Plaster hinausfliegen, welches Euer Vaterland mit polnischen Köpfen pflastern wolltet.

Nehmt Euch in acht. Es kommt die Stunde, in der der Hydrat des persischen deutschen Halatismus der Kopf abgerissen wird.

Verband „Straß nad Warta“. (Wacht an der Warthe.)

Also wieder einmal das Drohen mit Selbsthilfe. Das übrige ist Geschimpfe. Gegen Schimpfen gibt es keine Argumente. Nur eine Frage erlauben wir uns an die anonymen Verfasser dieser bemerkenswerten Zuchrift zu stellen: Wann hat „unser Vaterland“ die hiesigen Straßen mit polnischen Köpfen pflastern wollen?

Aus Sowjetrußland.

Danzig, 11. August. (PAT) Die nach Russland entstandene englische Handelsdelegation traf in Moskau ein und sandte schon ihren ersten Bericht über die russischen Verhältnisse nach London.

Eine amerikanische Schilderung der Hungersnot.

London, 10. August. (PAT) In der „Evening Standard“ heißt Mister Tompson, ein Mitglied der amerikanischen Wettungskommission, welches seit April in Brest-Litowsk amtiert, eine Schilderung der russischen Hungersnot. Vor drei Tagen als Tompson Brest-Litowsk verließ, strömten dort täglich ca. 2000 Flüchtlinge zu, die aller Lebensmittel beraubt waren. Ihre Körper waren vom Hunger angeschwollen, die Wangen waren aufgedunsen und so ausgetrocknet, dass, wenn man sie mit dem Finger berührte, eine Höhlung blieb und die Haut nur langsam zurückging, wie bei durchlöcherten Gummibällen. Alle waren wie Skelette und erwarteten mit Resignation den Tod. Die Flüchtlinge nähren sich nur von aus Stroh und Gras gebadem Brot oder von einer Suppe aus getrocknetem Gras.

Fazit zur Reformen.

Wien, 10. August. (PAT) Ein Funkdruck aus Moskau bringt die Grundlagen der bevorstehenden Finanzreformen, u. a. ist die Einführung eines neuen Eisenbahns, Post- und Telegraphentariffs und einer direkten Steuer vorgesehen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Neubildung des spanischen Kabinetts. Im Zusammenhang mit der Regierungskrise beauftragte der König von Spanien Mauricio mit der Bildung des neuen Kabinetts.

Entlassung kommunistischer Beamten in Serbien. Der Innenminister ordnete auf Grund des Gesetzes über den Schutz des Staates an, dass alle Beamten, die Beziehungen zur kommunistischen Partei unterhalten, sofort aus dem Dienst entlassen werden.

Sondertagung der bulgarischen Nationalversammlung. Der bulgarische Ministerrat nahm eine Entschließung an, nach der sich die Nationalversammlung am 20. d. Mts. in gewöhnlicher Stärke zu einer außerordentlichen Sitzung versammeln soll, um über die auswärtige Lage im Anschluss an die Note der interalliierten Kriegskommission über die Auflösung der Armee und über die Note der Wiedergutmachungskommission in bezug auf die erste Entschädigungsrate zu beraten.

Der dritte Vertreter Englands im Völkerbund. Chamberlain trat dem Parlament mit, dass als dritter Vertreter Englands in den Völkerbund Ronnel, der ehemalige englische Botschafter in Rom, in Frage kommt. Bisher war England durch Balfour und Fisher vertreten.

Während der Fahrt musste er immer wieder an die verschiedenen Beweise von Güte und Menschenliebe denken, von denen ihm Hanna in bezug auf ihren Vater erzählte hatte.

Gut an die Meldung der kleinen Singbögel musste er oft denken; also auch ihnen hatte der rauhe Mann Gutes getan! Aber auch daran musste Horst denken, dass Berger erst vor etwa vier Jahren den großen Treffer gemacht hatte, erst etwa vor vier Jahren.

Und im Drohbrief, der sich unter anderen, längst erhaltenen Schreiben Bergers befunden, erwähnte dessen Verfasser, dass er seinen Anteil an dem zusammengekohlten Reichtum nicht mehr begehrte, sondern nur mehr Nachwolle.

Das Verbrechen aber, das der entlassene Buchthäusler andeutete, das musste vor etwa fünf Jahren verübt worden sein.

War der bewusste Treffer nur eine Erfindung des Baumeisters?

War er nicht etwa zu dem Zweck erfunden worden, um mit einem Reichtum hervortreten zu können, dessen Ursprung ein ganz ander war?

Und erst, als er so plötzlich reich geworden, zeigte Berger seine übeln Charakterzüge. Mißlaunig war er geworden und maßlos heftig und voll von Mißtrauen.

Mißlaunig vielleicht deshalb, weil die Zufriedenheit, die immer die Selbstachtung zur Befestigung hat, für ewig von ihm gewichen war!

Maßlos heftig — vielleicht deshalb, weil er überhaupt die Herrschaft über sich verloren hatte und mißtrauisch, weil einer, der selber schlecht ist, auch anderen alles Schlechte zutraut.

Auch sein Wohlstand konnte auf schlechtem Grunde stehen. Hochmut und Großtuerei waren freilich nicht daran beteiligt, denn er hängte seine Wohlthaten nicht an die große Glocke. Gewissensbisse aber konnten sie ihm abgepreßt haben.

Bevor, ehender Kabinettswchsel in Prag.

Prag, 10. August. (PAT) Die Sitzungen berichten, dass nach Maßnahmen am 11. d. Mts. das gegenwärtige Kabinett seinen Abschied eintreten wird. Dem ehemaligen Inneminister Soviet soll die Bildung des neuen Kabinetts übertragen werden, in dem nachstehende Parteien vertreten sein sollen: Die Sozialdemokraten mit 5, die Agrarpartei mit 4, die Nationalsozialisten mit 3, die Nationalkatholiken mit 3, die Nationaldemokraten mit 2 Sitz. Die neue parlamentarische Regierung würde ihre Arbeit Anfang September beginnen.

Der neue Memeler Landespräsident.

Memel, 11. August. Der Oberkommissar beschloss, wie das Memeler Dampfboot meldet, den Regierungsrat Stevut zum Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen. Das Blatt ruft dazu die Ernennung die von der Mehrzahl der Bewohner des Memelgebietes nicht gewünschte Entscheidung bringt. Eine vom Deutschen Heimatbund zur Ausstrafe über die Lage für Sonnabend abberaumte Versammlung wurde verboten.

Deutsches Schulwesen im Auslande.

Der deutsche Schulverein zu Amsterdam, der die Kaiser-Wilhelm-Schule mit 8 Vorschul- und 6 Neuklassen unterhält, weist in seinem 22. Jahresbericht darauf hin, dass die Arbeit des abgelaufenen Jahres fast ganz im Zeichen des neuen holländischen Unterrichtsgesetzes für Volkss- und Mittelschulen stand, das am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Nach diesem bestand die große Gefahr, dass die Schule geradezu ihre Daseinsberechtigung verloren hätte, da der Entwurf vorsah, dass Deutsch, wie jede andere Fremdsprache, bis zum 7. Schuljahr nicht mehr gelehrt werden dürfe. Durch einen besonderen Artikel im endgültigen Gesetz wurde diese Bestimmung jedoch glücklicherweise hinfällig. Dieser sagt nämlich, dass an Schulen, die für Kinder nicht holländischer Nationalität eingerichtet sind, auch fernerhin eine Fremdsprache unterrichtet werden darf. — Im übrigen hat sich die Schule auch im vergangenen Jahre ihrer alten Beliebtheit erfreut. Einem Abgang von 186 Schülern — darunter die 4 Kandidaten, denen das Meisterzeugnis ausgestellt werden konnte — standen 192 Zugänge gegenüber. Die Finanzierung der Schule war durch Beiträge der 180 Vereinsmitglieder, einen Zusatz des Deutschen Reiches in Höhe von fl. 2000 und denjenigen der Niederländischen Regierung, der mehr als fl. 36 800 betrug, sichergestellt.

Republik Polen.

Der Ministerrat nahm in der Sitzung vom 9. d. Mts. den Antrag des Außenministers an betr. ein Abkommen mit den baltischen Staaten, über das Staatsbürgerrrecht und die Option, einen Gesetzentwurf über Steuern für Kohlen, einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren, die im Dekret vom 4. Februar 1919 festgesetzt sind, über Patente und Erfindungen, über den Schutz von Zeichnungen und Modellen und über den Schutz von Warenzeichen. Ferner wurde ein Gesetzentwurf über die Erzeugung, die Umwandlung, die Versendung und Verteilung der elektrischen Kraft angenommen. In dieser Sitzung des Ministerrates wurde eine Verordnung erlassen über die Ausdehnung der Vorrichtungen über Steuern, Erbschaften und Schenkungen vom 2. April 1920 auf die östlichen Gebiete, eine Verordnung über die Ausdehnung des Gesetzes vom 28. März 1920 betreffend die Aufsicht über Banken und Wechselloptoren auf das östliche Gebiet, eine Verordnung des Finanzministers über Bankgebäude und Wechselbüros, weiter die Ausdehnungen der Verordnungen über die Organisation der Verwaltung des staatlichen Güter- und Waldbesitzes, die Verordnung über die Ausdehnung der Zwangsverwaltung des staatlichen radiotechnischen Komitees vom 16. Dezember 1918 und eine Verordnung über die Ausdehnung der Vorschriften über das Gesetz der Wucherbekämpfung auf das ehemalige preußische Teilstück, das die ungesetzliche Ausfuhr über die Grenze betrifft.

Freistaat Danzig.

In der Mittwochssitzung des Volksstages wurde nach kurzer Aussprache mit 59 gegen 42 Stimmen ein Dringlichkeitsantrag der Sozialisten über die sofortige Auflösung des gegenwärtigen Volksstages und über die Ausübung neuer Wahlen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Sozialisten, die Kommunisten, die Unabhängigen und die Polen. Anfolge dieses Abstimmungsergebnisses drangen die Sozialisten mit einem Dringlichkeitsantrag über die Einberufung der nächsten Plenarsitzung für Dienstag ein.

Andererseits war Berger ein sehr gescheiter Mann gewesen. Wenn er der Mithilfe jenes Georg Tilgner gewesen war, hätte er dann dessen Nachsucht herausgesordert, indem er irgend ein Versprechen, das er diesem gegeben, nicht hielte? Aus Tilgners Brief erhielte doch, dass sein unbekannt gebliebener Komplizen die Verpflichtung auf sich genommen hatte, sich der Angehörigen des Gefangenen anzunehmen, was nicht geschehen war.

Der Adressat des Drohbriefes war also nicht nur schlecht, sondern auch dumm.

Berger war aber nichts weniger als dummi gewesen. Und schlecht?

Herr von Horst musste an die Vögel denken, denen Berger das arme, kleine Leben erhalten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Wanderbriefe des Mannes mit dem Rücken.

(Fortsetzung.)

Wenn man von Greifenseberg zum Liebenberg hinaufsteigt und dann ostwärts geht, dann kommt man bald in das Queistal, ein waldumrahmtes Tälchen, das an landschaftlicher Schönheit und malerischer Reize mit manchem gewordenen Tal aufzuführen scheint. Hier wanderte ich erst auf dem rechten Ufer des Queis, durchschritt diesen dann watenden Fußes, da der Jägermann bei der Goldenträumer Mühle gerade abwesend war, und jetzt alsdann meine Wanderung auf dem linken Ufer fort, bis ich an dem hochgelegenen Schloss Tschöchka vorbei, zu der Talsperre bei Marklissa kam, deren Eindruck die Erwartungen nicht täuschte, die begeisterte Schilderung eines Eingeborenen einige Tage vorher in mir geweckt hatte.

Es folgte ein angenehmer Spaziergang durch das hier schluchtartig sich verengende, höchst malerische Queistal bis zum Städtchen Marklissa und hier ein stärkendes Mahl als Abschluss dieses Teiles

Nach der nicht ganz neuen Auflage von Brockhaus Konversationslexikon, deren ich in dem Gastehaus, wo ebenfalls ich mein Mahl einnahm, gehabt werden konnte, hat Marklissa ungefähr 3000 Einwohner, darunter etwa 400 Katholiken und 9 Juden. Vieville von den evangelischen und katholischen Bewohnern Marklissas ist

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. August.

Gesundheitsgefährliches Wasser.

Die Güte des von der städtischen Wasserleitung geliefererten Wassers steht jetzt recht oft im umgekehrten Verhältnis zu dem hohen Wasserpreise. So gab es gestern Mittwoch wieder einige Stunden lang in St. Lazarus eine Art schmutziger dunkelbrauner Tunke, der man keine Wege die Bezeichnung Wasser beilegen konnte. Es war weder zum Waschen, besonders Wäschewaschen, noch zum Kochen oder zum sonstigen Genuß geeignet. Wir meinen wenn schon in unserer Stadt das Kubikmeter Wasser mit 19 M. bezahlt werden muß, dann hat die Bürgerschaft auch Anspruch auf einwandfreies, gesundes Wasser. Sie verwehrt sich gegen solche gesundheitsgefährliche schwarze Suppe, die verzwielte Möglichkeit mit der spartanischen Batha hat, in einer Zeit, in der unsere Gesundheit auch ohne schlechtes Trinkwasser schon von allerlei Gefahren bedroht ist.

Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen.

Heute nachmittags 3 Uhr findet im Posener Schlosse eine Besprechung in ministerieller Vertretung mit Sejmabgeordneten aus Polen und Pomeranien statt. Gegenstand der Besprechung sind die Bestimmungen über die Wahlrechte zu den Wojewodschaftswahltagen, Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen. Am Freitag, nachmittags um 6 Uhr, findet im Konferenzsaal des Ministeriums (im Schloss) eine Pressekonferenz in diesen Angelegenheiten statt, in der Minister Tarczynski das Wort ergreifen wird.

Bon den Regierungsbeamten.

Der Beschluß des Ministerates über die Besserstellung der Regierungsbeamten im hiesigen Anteil hat diese nicht zufriedengestellt. Die Bildung einer emanzipierten Behörde, zugleich die Rückgabe eines Aquivalents für nicht gegebenes Deputat für die Monate Juni und Juli, bedeutet keine Besserstellung der Massen der Beamten, weil keine Gehaltserhöhung zugleich erfolgt ist. Die gewünschte Erhöhung bedeutet kaum 20 v. H. während die Beamten 200 v. H. verlangten. Unter Einführung des freien Handels haben die Arbeiter und Angestellten von Privatunternehmungen Gehaltserhöhung bewilligt bekommen die mehr oder weniger den Preisen der Lebensmittel entspricht. Nur die Beamten sind auf ihrer Gehaltsstufe stehen geblieben. Der Verband der Regierungsbeamten hat folgende Erklärung veröffentlicht: Der Verband der polnischen Regierungsbeamten sieht mit, daß er die Lösung der Gehaltsfragen durch den Ministerialrat als vollkommen ungünstig betrachtet und er wird in dieser Angelegenheit sich weiter bemühen, um die Erfüllung der in der Resolution festgesetzten Forderungen zu erreichen.

Besserstellung der Pensionäre und Witwen.

Der Sejm beschloß, den Beamten im Ruhestande, Beamtenwitwen und Waisen ab 1. Oktober d. Jg. bedeutend höhere Gebühren sowie Leuerungszulagen auszahlen zu lassen.

Ein entsprechendes Ruhengehalt erhalten sogar Beamten oder Beamtenwitwen und Waisen, wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft besaßen und der Beamte nicht in polnischen Staatsdiensten stand.

Vollreiche Mitnahme von Umgangsgut nach Deutschland.

Die Thorner Beratungsstelle des deutschen Fürsorgekommissariats bittet uns, darauf hinzuweisen, daß den Auswanderern nach Deutschland die zollfreie Mitnahme ihrer Habe bis zum 10. Januar 1923 und nicht wie vielfach irrtümlich angenommen wird, nur bis zum 10. Januar 1922 gewährt ist. Zu beachten ist ferner, daß Auswanderer, die die Mitnahme von Umgangsgut oder Vorwerken und Wertpapieren in der Beratungsstelle beantragen, eine amtlich beglaubigte Abschrift des Optionscheines dem Antrag beizufügen haben. Die Starosteien fertigen neuerdings nur den Optionschein, nicht aber Abschriften aus. Es wird geraten, sich Abschriften herstellen und beim Gericht beglaubigen zu lassen.

Ein Brief.

Der Schriftleitung des "Posener Tageblattes" ging der folgende an den "Mann mit dem Rücken" adressierte Brief zu:

Lieber Mann mit dem Rücken!

Deine Wanderbriefe sind wöchentlich, herzerquickend, ganz besonders für Leute, die sich gegenwärtig eine Reise nach Deutschland nicht leisten können. Gib nur aus dem frischen Quell Deiner Erinnerung, so viel die Seele an lebendigen Eindrücken mit sich trägt, und, wenn möglich, in rascher Aufeinanderfolge. Der Leser merkt, wie gut Dir das Wandern bekommen ist. Heil uns allen, daß Deine Gesundheit ansteht.

Nun möchte ich Dich mit einigen Fragen belästigen, die Du nicht übernehmen darfst. Findest Du Deutschland in musikalischer Hinsicht sehr "vertäuscht" oder bekommt das Volk auch gute Volksmusik zu hören? Unter "Volk" verstehe ich jetzt alle Schichten mit Ausnahme des fetten Kurortgewimmels, um das Du Dich sicher

bei meinem Gange durch das Städtchen zu Gesicht bekam, weiß ich nicht. Die neun Juden aber habe ich sämtlich gesehen.

Die Laufstädte Görlitz und Bautzen bildeten die nächsten Ziele meiner Wanderung. Bautzen verdiente, bekannt zu sein, als es der Fall ist. Eine malerisch gelegene Stadt mit mancherlei reizvollen alten Bauwerken, Gassen und Plätzen. Dazu viel Grün und ein überraschend lebhafte Treiben — im Gegensatz zu meinen Erwartungen, denn ich hatte geglaubt, ich würde eine still, etwas schlafende Stadt finden. Ich kam gerade an einem Markttag dorthin, und das gab Gelegenheit, auch von der Eigenart der dortigen Bevölkerung eine Vorstellung zu bekommen und die lausitzischen Sorben oder Wendens, die zu den Westslawen gehören, in Sprache und Erscheinung kennen zu lernen. Auch eine sorbische Zeitung (Sorbische Nowina) und ein sorbisches Kaffeehaus (Sorbische Kaffeehaus) erinnern an das Vorhandensein dieses Volks und auf den Firmenschildern Namen mit dem dem deutschen Auge fremdartigen Zeichen ſ und ſ. Der Anfang eines Verses das ist mir gelegentlich aufgeschrieben habe, mag dem Leser eine genauere Vorstellung von der sorbischen oder wendischen Sprache geben:

Tam w dolsku wo kwetkatym
So k horey tuli mala wjeska,
A zolmicka prez wjesku pleska
Po zlobju kamukatym.
Tam rje je, rjenje je;
Tam so mi chce!

Die nahe Verwandtschaft der Sprache dieser Verse mit dem Polnischen, das ja auch zu der weßlawischen Sprachengruppe gehört, ist auch dem Laien nicht schwer zu erkennen. Der Sinn der Verse ist etwa:

Dort im blüteneichen Tälchen
Birgt am Berge sich ein Dörfchen,
Und durchs Dörfchen fließt ein Bachlein,
Über Steine fröhlich plätschernd.
Fröhlich bist du, Dörfchen mein;
Dort im Dörfchen möcht' ich sein!

Bei sengender Glut kam ich in Dresden an. Dort herrschte ein quirlendes, wirbelndes Leben. Es war der erste Tag des sächsischen Kreisturnfestes. In kleinen und großen Gruppen und in geschlossenen Bügen mit Fahnen und ohne Fahnen sah man die Geschäftsmänner aus der Provinz durch die Straßen ziehen, viele Geschäfte und Gastwirtschaften waren mit Girlanden und Begrüßungsschriften geschmückt, und die strahlend heitere Blüte des Himmels vervollständigte die Feierlichkeit des Bildes.

nicht bekümmert hast. — Hörtest Du im Vorübergehen Näheres über Gerhart Hauptmann und die literarische Elite? Was schreibt wohl Richard Strauss und welches sind seine bedeutendsten "Konkurrenten"? Lässt Du zufällig Berichte über die Münchener Festspiele unter der Leitung des begeisterten Bruno Walter?

Ich wäre dankbar, daß eine oder das andere aus Deinen Briefen zu erfahren und schließe mit dem Kürze: vivat sequentes!

Martin Cobliner.

Der Mann mit dem Rücken, dem wir diesen Brief zur Beantwortung übergeben, war so freundlich, uns folgendes Antwortschreiben zur Verfügung zu stellen:

Lieber Martin Cobliner!

Dein Brief hat mir große Freude gemacht. Sehe ich doch daraus, daß meine Wanderbriefe einen Widerhall finden und so verstanden werden, wie sie gemeint sind.

Was nun Deine Fragen betrifft, die ich weder übernehme, noch als Belästigung empfinde, so werde ich sie, soweit mir das möglich sein wird, am Schluß der ganzen Briefreihe zu beantworten versuchen, wo ich überhaupt die allgemeinen Eindrücke zusammenfassen werde, die mir diese Wanderung durch Deutschland gebracht hat.

Ich danke Dir für Deine Anregung, lieber Martin Cobliner, und werde mich freuen, Dich persönlich kennen zu lernen. Gruß und Handschlag.

Der Mann mit dem Rücken.

Von den Apothekern. Gestern Abend haben die Apotheker gehalten eine Versammlung abgehalten, auf der beschlossen wurde, daß die nicht gebräuchten Apotheker 28 000, die gebräuchten 32 000 (Apotheker 25 000) M. Monatsgehalt erhalten sollen. Nur zeitweise ausstellende Geschäfte bekommen 150 M. für die Stunde. Daran sind geschlossen in einer Sitzung am Sonnabend die Apothekenbesitzer beim Ministerium und bei der Wojewodschaft eine Erhöhung der Apothekertaxe um 20 v. H. zu fordern was schon lange veriprochen war. Sie wandten sich in dieser Angelegenheit auch an die Krankenkasse. Die Apothekenbesitzer bemühen sich um die Absenkung des gegenwärtigen Deutments für das Apothekenreisen. Wenn die geforderte Erhöhung der Taxe nicht bewilligt werden sollte, drohen die Apotheker damit, die erhöhten Preise ohne den Abschluß der Regierungsbefehle vom 12. August ab zu verlangen, oder aber die Apotheken zu schließen.

Jagdverordnung. Das Verwaltungsgericht der Wojewodschaft erfügte für das Gebiet der Posener Wojewodschaft: Die Jagd auf Rehbock, Wachler und Schneebär beginnt am 19. August auf Bieblähner, Birkhennen, Haselhähner und Fasanen am 16. September 1921.

X Vom heutigen Amt zur Bekämpfung des Wuhers und der Speziation gehen uns folgende Urteile der 4. Strafkammer des Bezirksgerichts vom 17. Juli zu. Es wurden verurteilt: 1. Sally Guttmuth für die Ausfuhr von Geld und Aktien nach Deutschland zur Abgabe von 7314 M. deutschem Geldes und 92 Aktien Phönix und Papener U.-Ges. Taleraktien aus 1200 Taler. 2. Andreas Nowak für die Ausfuhr von Sigaretten nach Kongresspolen zur Abgabe von 645 Sigaretten. 3. Paul Schulz für die Ausfuhr von Schnaps nach Deutschland zur Abgabe von 3 Flaschen Schnaps. 4. Schulz aus Hoykau für die Ausfuhr von Schnaps nach Kongresspolen zur Abgabe von drei Flaschen Schnaps (Psünell).

* Bromberg, 10. August. Der Abendzug Posen-Bromberg entgleiste vorgestern mit einigen Wagen bei der Einfahrt in den Bahnhof Nowoczesno auf unausgestärkte Weise. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Einige Reisende erlitten nur leichte Verlebungen. Mit zweistündiger Verspätung traf der Zug in Bromberg ein. — Am vergangenen Sonntag brach im Walde bei Ostromylo ein großer Brand aus. Aus Bromberg wurde eine Abteilung Militär zu Löscharbeiten entsandt.

* Thorn, 9. August. In einer stark besuchten Volksversammlung im Victoria-Palast sprach Warmer Wysinski über die oberösterreichische Frage und über Polens Rechte auf Oberösterreich. Die Versammlung sandte an den Österreichischen Rat ein Telegramm, in dem die Einwartung ausgesprochen war, daß die Entscheidung über Oberösterreich gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages ausfallen werde. — In diesen Tagen traf aus Danzig ein Transport von 6000 Tonnen Mais ein. Es ist dies der letzte Maistransport für Winterzwecke für die Landwirte, die Saatgemarkte für die Grenzmarken liefern.

* Graudenz, 10. August. Gestern nachmittag 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach den Pfaffenbergen zu einem Biebenbrande gerufen. Durch Funkenauswurf einer Lokomotive der Strecke nach Gothaerhausen (Dabolowice) und infolge der großen Trockenheit geriet die dicht am Bahngleise gelegene vier Morgen große Wiese in Brand. Der Feuerwehr gelang es, dem Brände Inhalt zu tun und die nebenbelegenen, mit Getreide gefüllten Baraden zu schützen. — Schwere Warschauer Jungen versuchten in der Nacht zum Montag dem Juweliergeschäft von Waller einen Besuch abzustatten. Sie wurden jedoch bemerkt und die Polizei brachte sie bald hinter die eisernen Gardinen.

Ich hielt mich nicht lange auf, sondern bestieg nach kurzem Aufenthalt in der schönen Stadt, die ich viele, viele Jahre nicht gesehen hatte, ein Schiffchen und ließ mich an den grünen Ufern von Loschwitz und Blasewitz vorbei elbaufwärts fahren, nach Pirna, wo ich eine zweitägige Wanderung durch die sächsische Schweiz antrat.

Der Pfarrer Nicolai zu Lohmen, der zusammen mit dem Pfarrer Göppinger zu Neustadt am Ende des 18. Jahrhunderts die bis dahin unbeachtete "Sächsische Schweiz" für das Publikum entdeckte, so daß von da an ein Strom von Touristen sich dorthin ergab, hat es zugleich zu verantworten, daß diese anmutige Gegend ihren früheren schöchten Namen ("Meißner Oberland") gegen den verhältnismäßig prunkhaften jetzt üblichen eintauschte. "Sächsische Schweiz" — das klingt ja nach Volksgröde, nach Provinz, nach Mehrseinwollen als man ist. Schade. Denn diese Gegend hat es wahrhaftig nicht nötig, mehr sein zu wollen, als sie ist. Ihr Reiz ist durchaus nicht Ersatz für etwas anderes — er ist durchaus eigener Art und bedarf der hochtönenden Bezeichnung nicht, um in seiner Eigenart anerkannt zu werden. Die Verbindung der Elbe mit den phantastischen Gebilden der Sandsteinfelsen ergibt Bilder von starker malerischer Wirkung, und die Fahrt mit dem Blick auf die begrünten Hügel, schroffen Felsen, lieblichen Städtchen und Dörfer ist ein erquickendes und behagliches Unternehmen (vorausgesetzt, daß der Dampfer nicht überfüllt ist).

Am Abend des Tages, an dessen Morgen ich in Dresden anlangt, stieg ich durch den Uttenwalder Grund zur Bastei hinauf, und nachdem ich dort den üblichen Rundgang durch die verschiedenen Felsentorbole gemacht und mich an den schönen Aussichten erfreut hatte, war die Frage zu lösen: wo übernachte ich? In dem großen Hotel oben auf dem Basteiberge war jedes Winkelchen besetzt, ebenso in sämtlichen Gasthäusern und Unterflurställen der beiden Ortschaften Wehlen und Rathen am Fuße des Berges. Auch eine Anfrage in dem Bahnhofshotel Rathen jenseits der Elbe hatte negativen Erfolg. So blieb mir nichts übrig, als noch am späten Abend weiterzugehen, nach dem Städtchen Königstein, wo ich, wie mir gesagt wurde, sicher Nachtquartier finden würde. Zuerst fuhr ich, trat ich den Marsch an. Dann aber segnete ich den Umstand, der mir zu dieser Wanderung verholfen hatte (dieser Umstand war der Beginn der Schulferien in Sachsen und das Kreisturnfest in Dresden). Denn ich kam so zu einer ganz wunderbaren Mondcheinwanderung, nach der mich das "Deutsche Haus" in Königstein freundlich in seine Arme nahm und mir in einem Gemüsehaus unter der Tonne ein warmes Bett gewährte. Dort streckte ich um Mitternacht mit Begegnen die müden Glieder zum Schlafe aus. Und der ließ nicht auf sich warten.

(Fortsetzung folgt.)

und Oldenland.

* Lauenburg, 8. August. In diesen Tagen wurde der Besitzer Bluhm aus Berlin auf dem Wege nach Lauenburg ermordet und verdeckt. Er verließ Berlin mit einem von zwei Pferden gezogenen Wagen, um auf dem Jahrmarkt in Lauenburg ein Pferd zu vertauschen. Seine Frau sollte am nächsten Tage mit der Bahn nachkommen. Als die Frau eintraf, fand sie ihren Mann jedoch nicht vor; sie begab sich auf den Jahrmarkt, wo sie eines ihrer Pferde erkannte, das den Besitzer schon mehrmals gewechselt hatte. Bald fand sich daselbst auch der Wagen vor. Da das Bordrad mit Blut bedekt war, schloß die Frau Verdacht und nahm die Hilfe der Schutzpolizei in Anspruch. Diese ermittelte nun, daß zwei Männer mit dem Fuhrwerk in Lauenburg eingetroffen waren. In einem Lokal verlaufen sie Pferd und Wagen. Weiter erfährt die "Big. F. Hinter." nunmehr folgende Einzelheiten: Am Freitag nachmittag zwischen 4—5 Uhr entdeckte der mit den Nachforschungen nach dem Verbleib des verschwundenen Besitzer Bluhm aus Berlin beauftragte Landjäger aus Preußen auf der Chaussee Küssow-Kamelen Blusputen, die in den Wald führten. Als der Beamte des Spur nachging, entdeckte er unweit der Chaussee die Leiche des Besitzers Bluhm. Artificiell wurde festgestellt, daß dem Ermordeten mehrere Messerstiche in das Gesicht beigebracht worden sind, die indes nicht tödlich wirkten. Der Tod wurde durch das Durchschneiden des Halses bis auf die Wirbelsäule herbeigeführt.

Neues vom Tage.

Annahme der Einschüchterungen. Die Einschüchterungen in den deutschen Bestattungen haben auch in der ersten Hälfte dieses Jahres gegen das vorige zugenommen. Es wurden 9410 Einschüchterungen vorgenommen gegen 8800 im Vorjahr. Im Juni allein wurden 1365 gegen 1166 Leichen eingeschütert. Im einzelnen kommen auf Augsburg 3, Baden-Baden 6, Berlin 355, Braunschweig 17, Bremen 48, Chemnitz 46, Coburg 20, Danzig 18, Dessau 12, Dresden 78, Eisenach 12, Ehingen 3, Frankfurt a. M. 23, Freiburg 4, Friedberg 5, Gera 32, Görlitz 13, Gotha 43, Greifswald 4, Hagen 4, Halle 19, Hamburg 71, Heidelberg 11, Heilbronn 4, Hirschberg 7, Jena 19, Karlsruhe 4, Kiel 2, Königsberg i. Pr. 18, Konstanz 1, Krefeld 2, Leipzig 83, Lübeck 11, Mainz 18, Mannheim 32, Meiningen 7, Nürnberg 28, Offenbach 18, Pforzheim 9, Plauen 9, Pöhlneck 10, Reutlingen 1, Sonneberg 12, Stuttgart 58, Tilsit 102, Trier 102, Ulm 11, Weimar 18, Wiesbaden 12, Zittau 12, Zwickau 25.

Brennende Petroleumquellen. Wie aus Modau berichtet wird, soll im Bezirk Baku Feuer ausgebrochen sein, das viele Petroleumquellen vernichtet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Ause der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	10. August.	9. August
1% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
2% " Buchst. A u. B	—	—
3½% " ohne Buchst.	—	—
3½% " Buchst. C	—	—
4% " Buchst. D u. E	—	—
4% " (neue) mit vdn. Stempel	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
5½% Obl. Tegelsti	—	—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt.	—	—
Bank Kredyt.	—	—
Bank Kredyt. I-VII em. (ungef.)	220 + A	220 + A
Bank Kredyt. VIII em. (ungef.)	220 + A	220 + A
Bank Kredyt. IX em. (ungef.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy. Poznań I-VII	340 + A	340 + A
Bank Handlowy. Warsaw	—	—
Bank Dystry. Andg.-Gdańsk I-IV	—	—
Bielski. Potocki I. Sta.	430 + N	420 + A
Bank Bielski I-III	—	—
Bank Bielski	—	—
Bank Bielski I-IV em.	—	—
Bank Bielski V em.	—	—
Centrala Skór	340 +	—

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. August.

Notschrei aus einem niedergebrannten Dorf bei Soldau.

Am Sonntag, dem 7. August d. J., brach in dem Dorfe Piekarzken, Kreis Soldau, etwa um 10 Uhr vormittags, eine Feuersbrunst aus. Bei der herrschenden Dürre und dem orkanartigen Südweststurm griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich. Wer von dem nördlichen Teile des Dorfes nach der im Süden liegenden Brandstelle eilte, mußte schon auf dem Wege dahin umleben, um auf seinem eigenen Gehöft zu retten. Rechts und links der Dorfstraße liegen 63 Gebäude in Schutt und Asche. Die Ernte und alles Hausrat von etwa 26 Familien ist fast vollständig vernichtet.

Als ich nachmittags gegen 2 Uhr mit dem Sejmabgeordneten Herrn Superintendenten Barczewski in das Dorf kam, bot sich uns ein unbeschreiblich trauriger Anblick. Die Bewohner waren von Entsetzen wie gelähmt und konnten nur immer wieder betonen, daß sie nichts haben retten können, außer dem Vieh, das auf dem Felde in der Nähe des Dorfes herumirrte. Die Glut ist so gewaltig gewesen, daß Hausrat, Bettwäsche, Kleider, die man hinausgeschafft hatte, auf der Dorfstraße verbrannten. Trotz des schnellen Eingreifens der Spritzen des nahe gelegenen Gutes Niederhof, aus Soldau und von anderen Nachbardörfern war nur hin und wieder noch ein Gebäude unter großen Anstrengungen zu retten. Die Geschädigten stehen jetzt ohne Saatgut, ohne Brodtgetreide, ohne Kleider, landwirtschaftliches Gerät und Hausrat da. Selbst Geld ist ihnen verbrannt und der Tisch für den Winter schwächt unter den Schutthaufen.

Die Betroffenen, im Durchschnitt etwa 40 Morgen große Landwirtschaften, umfassen insgesamt über 1000 Morgen bewirtschaftete Ackerfläche.

In Soldau wird ein Hilfskomitee gebildet, dem auch der Sejmabgeordnete Barczewski angehört und das für die erste und dringendste Hilfe bereits mit seiner Sammeltätigkeit begonnen hat. Der Schaden ist jedoch so ungeheuer groß, daß es der dortigen Bevölkerung, die durch den Krieg und später durch den Volkswehrereinsfall außerordentlich hart gelitten hat, aus eigenen Mitteln nicht möglich sein kann, wirkliche Hilfe zu leisten. Außerdem sind wenige Tage vorher in dem Nachbardorf Klenkau 5 Bauerngehöfte durch Blitzschlag in Asche gelegt. Auch hierfür muß schnell und wirkliche Hilfe geleistet werden.

Aufrufe zur Hilfeleistung werden in den nächsten Tagen in den Zeitungen erscheinen. Darin werden auch die Sammelstellen bezeichnet werden.

* Die hungrenden Russen kommen mit Gold und Platin nach Polen. Die "Rzeczpospolita" meldet, daß in den letzten zwei Wochen viel Gold, Brillanten und Platin aus Sowjetrußland nach Polen gebracht wurde. Infolge der Hungersnot in Rußland bewegen sich nach Tausenden zählende Menschenmassen aus den Zentralgebieten nach dem Westen. Diese Auswanderer kommen auch nach Polen, wo ihr Zustrom in den letzten Tagen ungeheuer angewachsen ist. Sie führen große Mengen Gold und Schmuck mit sich. Daher ist auch auf dem Lemberger Markt plötzlich Gold in so großen Mengen vorhanden, wie seit langem nicht. Infolge des steigenden Angebots ist der Preis von 800 M. für ein Gramm Gold auf 450 M. gesunken. Auch Platin ist in großen Mengen vorhanden; der Preis dafür ist von 2800 M. auf 2200 M. für ein Gramm gefallen. Das Platin wird in Form von Blech eingeschmuggelt, das die alten russischen Regierungssiegel trägt. Nach den Berechnungen der Spekulanten sind in der letzten Woche unge-

fähr 50 Kilogramm Gold nach Lemberg gebracht worden. Da es hier keine Käufer fand, wurde das Gold nach Warschau weitergeschafft.

Der "Ander-Club Neptun" Posen e. V. veranstaltet am Sonntag, den 14. August einen Ausflug mit seinen Mitgliedern und Angehörigen nach Schwetzingen. Abfahrt 8^h Hauptbahnhof. Näheres erfahren die Mitglieder durch Anschlag im Vorleshaus.

* Diebstähle. In der ul. Nowa 7-8 wurde ein schwarzer kurzer Krimmerpelz mit einem silbernen Kragen gestohlen. Der Wert ist mit 40 bis 50 000 M. angegeben. In der ul. Spokojna 29 (Friedenstr.) wurde ein 1. Lüsterrohr für 12 Personen 3. 3. gezeichnet, 1 brauner Teppich, 2 × 150 cm, 3 Wandteppiche, 2 × 130 cm, und ein Posen Herrenwäsche, gleichfalls 3. 3. gezeichnet, gestohlen. Der Wert beziffert sich auf 90 000 M. — Am Stary Rynek 80-82 (Alter Markt) wurden aus einem Laden in der Nach vom 9. a. m. 10. d. Mts. 12 Paar Stiefel und 1 gelber Damenmantel gestohlen. Der Wert der gestohlenen Waren ist mit 40 000 M. angegeben.

* Wongrowitz, 10. August. Die geheiligten Räume unserer Kirchen schließen nicht mehr vor den Gewalttaten eines kaukasischen Regimes: Im Jahre 1898 ist auf dem Platz vor der evangelischen Kirche ein Denkmal Kaiser Wilhelms I. errichtet worden. Die Mittel waren lediglich aus deutschen Kreisen aufgebracht. In der Silvesternacht 1918/19 wurde das Standbild vom Sockel heruntergerissen und nach dem Markte geschleift, wo es in nicht wiederzugebender Weise beschmutzt wurde. Jeder aus der zahlreichen Menge wollte sein Teil daran haben, wenn auch nur durch Anspeien. Der damalige Deutsche Volkstat erwirkte beim Starosten, daß das Standbild der deutschen Bevölkerung zurückgegeben und nach der evangelischen Kirche gesetzt wurde, wo es bis jetzt, also mehr als 2½ Jahre, verblieb. Nun auf einmal verlangte der Magistrat vom Vorsitzenden des Gemeindeliktenrats die Herausgabe des Standbildes. Die Kreisvereinigung des Deutschstumsbundes trat in Unterhandlungen ein, um die Angelegenheit auf gütliche Weise zu schlichten. Über der Gegenseite schien an einer solchen schiedsrichtlichen Verständigung mit dem deutschen Bürgeramt nicht gelegen zu sein; denn unvermutet erschienen in Abwesenheit des in Urlaub befindlichen Superintendenten zwei Polizeibeamte beim Küster, verlangten die Schlüssel zur Kirche, holten mit einer Mannschaft das Denkmal aus der Kirche heraus und schafften es fort.

* Gnesen, 4. August. In Swinorze (früher Bismarckfelde) bei Gnesen wurden nachts dem Gutsbesitzer Schneider ein Jagdwagen, zwei wertvolle Pferde, ein zwei Monate altes Hengstfohlen samt Geschierten im Gesamtwerte von 700 000 Mark durch Einbruch gestohlen. — Ein Einbruch ist auf dem Majorat Melno verübt worden. Den Dieben fielen Denkmünzen, ein Eisernes Kreuz von 1870, Silbersachen, sowie Tischwäsche in die Hände. Der Schaden beziffert sich auf 200 000 Mark.

* Wollstein, 9. August. Ein dreister Einbruch siedelte sich am Sonntag gegen Mittag in der Lederhandlung Waligórska begangen. Mittels Brechstangen drangen die Diebe vom Hofe in den Laden und stahlen dort gelbes Leder im Werte von 75 000 Mark. Als Nichtfachleute ließen sie das bessere schwarze Leder liegen. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Ein sehr bescheidener und düstiger Dieb stellte am Nachmittag dem Bädermeister Trebin einen Besuch im Laden ab. Nach Mitnahme von Gebrauchsgegenständen wie Waschpulver, Bichorien usw. im Werte von 500 M. konnte er unerkannt den Laden wieder verlassen. — Am Sonnabend, dem 13. August, findet im Viktoriasaal hier wieder ein Gastspiel der Schauspieltruppe des Deutschen Theatervereins Posen statt. Zur Aufführung gelangen 3 Einakter und zwar: "Unter vier Augen", Lustspiel von Ludwig Fulda, "Vortherns Geburtstag", Lustspiel von Ludwig Thoma, "Die Hasenpfote", Lust-

spiel von Hugo Leonhart. Lieder vom 1. J. bis 1921 zum Pflege des Geisteslebens beim Deutschen Schulverein veranstaltete Lustspielabend verspricht einen seltenen Kunstgenuss, den sich niemand entgehen lassen sollte. Eintrittskarten sind in den Buchhandlungen von Paul Scholz und Hugo Schulz zu haben. Dieser Lustspielabend wird am Sonntag, dem 14. d. Mts., in Radomierice im Musterschen Saale wiederholt.

* Kolmar, 6. August. Eine Abordnung des Deutschstumsbundes, des Centralarbeiterverbandes und der freien Gewerkschaften war heute hier anwesend, um gemeinsam am Ort und Stelle die Verhältnisse zu prüfen, die zum sechstägigen Proteststreik der deutschen Arbeiter und Arbeitnehmer einschließlich der Kaufmännischen Angestellten geführt haben. Es wurde einwandfrei festgestellt und auch von beiderlicher polnischer Seite bestätigt, daß das Vorgehen der Polnischen Berufsvereinigung gegenüber den deutschen Arbeitkollegen ungesehlich und ungehörig war. Die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft: 1. Wiedereinstellung der entlassenen und streifenden Arbeiter und 2. Auflösung der Betriebskommission und Neuwahl eines Arbeiterausschusses auf gesetzähnlicher Grundlage wurden nicht bewilligt und darauf einstimmig beschlossen, den Streik bis zur Erfüllung dieser Forderungen fortzuführen. Eine Deputation hat sich sofort nach Posen zur Verhandlung mit dem Arbeitsminister begeben. Einer der Hauptredner, der kürzlich aus Westfalen heimgekehrt ist, sieht bereits hinter Schloß und Riegel in den lebenswichtigen Betrieben ein weiter gearbeitet werden. Wir wollen im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beider Nationalitäten hoffen, daß der unerträgliche Streik bald sein Ende erreicht.

* Grandenz 10. August. Auch hier hielten die Beamten zwei Versammlungen ab, die sehr stürmisch verliefen. Die Beamten fordern eine 200 prozentige Erhöhung des Gehaltes und stellen 3 Tage Frist.

* Dirshau, 8. August. Gestern nachmittag gegen 2½ Uhr wütete in Schöneberg an der Weichsel ein großes Schadeneuer, das zehn Gebäude in Asche legte. Durch das Feuer sind 20 Familien obdachlos geworden. Sämtliches Inventar ist verbrent. Die Abgebrannten sind gar nicht oder nur gering verschont. Die Löscharbeiten litten unter Wassermangel.

Aus Kongresswochen und Galati.

* Krakau, 10. August. Auf dem heisigen Bahnhof ist am Sonntag die 22 Jahre alte Eugenie Sulz aus Warschau verhaftet worden, weil sie im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu treiben. Die Verhaftete stammt aus Wielogórz bei Radomsl. ist Strumpfwirkerin und wohnt in Warschau. In ihrem Gepäck fand man eine Menge kommunistischer Schriften. Sie erklärte, sie wisse nicht, was sie mit sich führe; das Paket sei ihr von einer Dame in Warschau eingehändigt worden. Tatsächlich soll die Sulz eben noch schreiben können.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anschriften werden unseren Lesern gegen Einwendung der Bezugsnutzung entzehrt, aber ohne Gewähr erteilt. Brieflich Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefmarkensteg mit freiem Marken beilegt.

M. C. Ins. Handelt es sich um eine Handlungsgehilfin, so ist bei unverschuldeten Krankheit das Gehalt auf jeden Fall bis zu 6 Wochen zu zahlen. Eine Selbstauflösung des Vertragsverhältnisses durch Krankheit tritt nicht ein. Es muß gekündigt werden. Einhaltung einer Kündigungsfrist ist nicht notwendig, wenn Unfähigkeit zur Fortsetzung des Dienstes vorliegt.

3. 1881. Ja.

Berantworter der handschriftlichen: Dr. Wilhelm Lewenthal; für den Ausgelese: R. Grundmann, Druck und Verlag der böhmischen Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Müller in Poznan.

Verschiedenes

E Landauenthalt
1. für 14 jähriges Mädchen,
2. für Dame mit 2½ Jahren.
Knaben auf 4 Wochen in jüd. Familie gefüchtet. Angebote mit Preis an Dr. Gottschalk, Poznań, ulica Sew. Mielzyńskiego 2. [2424]

Berloren

Tonning, d. 7. Aug. gold. Armband mit Smaragd u. Brillanten; plütt. Poznań-Gubinowo. Gegen Belohnung abzugeben bei Dr. Paszkiel, ul. Starowa 14. II.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Wolnicz.

Freitag, 12. August, ab 8 Uhr. Sonnabend morgens (mit Schacharis beginn.)

8½ Uhr.

nachm. 5 Uhr Mincha.

abends Sabbathausgang

9 Uhr 14 Min.

Werktags-Aufacht.

Morgens 7 Uhr und abends 8 Uhr.

Sonntag Tischabend. Ab Fastenende 9 Uhr 9 Min.

Synagoge B

Israel. Brüdergemeinde,

Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 12. August, abends 7 Uhr mit Predigt.

Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Sonnabend abends (Tischbeginn) 9 Uhr 14 Min.

Werktags-Aufacht.

Morgens 7 Uhr und abends 7½ Uhr.

Dish. 37 d. a. ev. 1. m. eig. Haush. pol. Spr. i. W. mächtig, m. umfass. allgem. Kenntn. insbes. d. Kass. u. Rechew, da jahrel. i. Staats- u. Kom.-Kass. tätig, anerh. Organisations-talent, sucht bald anderw.

Stellung. Bedarf. w. Kenntn.

größ. Vermögens. Off. unter

2438 a. d. Geschäftsr. d. Bl.

Junge Mädchen

finden gründl. Ausbildung, in Haus u. Klasse unter Leitung von Diakonissen. Wied. an Superintendent Steffani in Jarocin.

Jettka Itzig
Georg Landmann
Verlobte

Klecko

Srem
12428

Statt besonderer Anzeige.
Heute entschließt saust nach schwerer Krankheit unser geliebter

Hans.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Hans Rosenthal.

Drozdzyn, den 9. August 1921. [2421]
Die Beerdigung findet am 12. August nachmittags 3 Uhr, in Schildberg vom evgl. Friedhof aus statt.

Vom 1. bis 30. September d. J. findet in Danzig

ein Ausbildungskursus für Kontrollassistenten(innen)

halt. Landwirtschafts- und Töchter sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18 bis 30 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Bezeugnisse nebst Lebenslauf melden beim

Verband der Kindsohlekontrollvereine im Freistaat Danzig.

Danzig, Sandgrube 21.

Nach bestandener Prüfung Aussicht auf sofortige Anstellung. Kinderdemittierten Schüler wird auf Wunsch Unterflur und Verpflegung für 12 bis 15 Mark pro Tag nachgewiesen.

Friedrich Pirkofer

POZNAŃ, ul. Dziewiętka 8

Anfertigung eleganter

Herren- und Damen-Garderoben

Tadeloser Sitz :: Erstklassige Verarbeitung

Langjähriger Zuschneider

I. hiesiger und Berliner Häuser

2435

Pianino
sehr gut erhalten, zu verkaufen.
Ul. Krasinskiego 3, II, L.

Dobermann
oder

Boxer

nicht über 3 Jahre alt, scharf,
wachsam, sturzfest, in gute
Hände zu laufen gefucht.

Offeren unter 2438 a. d.
Geschäftsstelle d. Bl. [2428]

1 Schöne groÙe, schwarze

Nasse-

hündin

zu verkaufen.

Offeren unter 2435 an
die Geschäftsst. d. Bl.

Garten - Grundstück,

Nähe Bahnhof u. plac Wolności, sofort zu verkaufen. Komfortable größere Wohnung evtl. auch mit Räumen, würde nach Verkauf frei. Nur kapitalstarke Investoren wollen sich melden unter 2440 in der Geschäftsst. dieses Blattes.

Grundstück

mit ca. 2500 qm gedecktem massiven Bretterbau. Gesamtgröße ca. 4500 qm. Nähe Güterbahnhof, zu verkaufen. Nur Investoren, die über größeres Kapital verfügen, wollen sich unter 2439 in der Geschäftsst. dieses Blattes melden.

Wer tauscht nach Schlesien?

Braunkohlen - Bergwerk nebst Brüterfabrik in Schlesien gegen Gut, Fabrik, Industrie od. dergl. in Polen zu tauschen.

Offeren unter 2366 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

1-2 möbl. Zimmer

suchen 2 junge Kaufleute (Ausländer) möglichst in der Oberstadt per sofort zu mieten. Offeren unter "Zimmer" an Tom. Akc. "Reklama Polska", Aleje Marcinkowskiego 6.

Für große landwirtschaftliche Betrie